

17. September 2014 (Berlin)

VORTRAG über die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn 1989

REFERENT: Dr. Dr. Andreas Schmidt-Schweizer, Budapest

Quelle dieser Veröffentlichung: http://www.d-u-g.org/uploads/media/Schmidt-Schweizer_-_pdf-Datei_-_Vortrag_17.09.2014_Berlin.pdf

Die DUG dankt dem Referenten für die freundliche Überlassung seines Vortragstextes zwecks Veröffentlichung auf der DUG-Internetseite. Nachstehender Text ist für **eine private oder wissenschaftliche Nutzung** in Gänze oder in Teilen unter Creative Commons (CC) Attr. Share Alike 3.0 Unported lizenziert (Urheber: Schmidt-Schweizer/K.R./DUG; Datum 01.10.2014). Für sonstige, vor allem kommerzielle Nutzungen des Textes oder einzelner seiner Teile sind das Copyright des Referenten/Autors und/oder das eigenständige Veröffentlichungsrecht der DUG zu beachten.

VORTRAG: DIE POLITISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND UNGARN IM "ANNUS MIRABILIS" 1989.

Referent: Dr. Dr. Andreas Schmidt-Schweizer (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften des Zentrums für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest) auf Einladung und auf einer Veranstaltung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft e. V. (DUG), Sitz Berlin,

Ort: Collegium Hungaricum Berlin CHB), Dorotheenstr. 12, 10117 BERLIN-MITTE

Datum: 17. September 2014

TEXT DES VORTRAGS

Der 25. Jahrestag der Ereignisse vom 11. September 1989, also der offiziell erlaubten Ausreise der ostdeutschen Flüchtlinge aus Ungarn in den Westen, bietet in diesem Jahr einen erneuten, besonderen Anlaß für eine Reihe von wissenschaftlichen und politischen Veranstaltungen in Ungarn und Deutschland, auf denen die historische Bedeutung dieses Ereignisses und – selbstverständlich – auch die Dankbarkeit der Deutschen gegenüber Ungarn für das damalige mutige Handeln der ungarischen Politik zum Ausdruck gebracht werden. Ich denke, daß es sich bei dieser Gelegenheit auch lohnt, einmal einen umfassenderen Blick auf die westdeutsch-ungarischen Beziehungen in diesem Epochenjahr der Weltgeschichte zu werfen und die bilateralen Beziehungen 1989 nicht nur aus der Perspektive der – in ihrer Bedeutung zugegebenermaßen historisch-politisch herausragenden und zudem besonders medienwirksamen – Grenzöffnung zu betrachten.

Zwischenstaatliche Beziehungen werden immer auch durch die Entwicklungen in der Weltpolitik und durch die inneren Entwicklungen in den jeweiligen Ländern beeinflußt. In meinem Vortrag werde ich nicht näher auf die weltpolitischen Geschehnisse eingehen. Der damalige radikale Wandel im Ost-West-Verhältnis und innerhalb des "östlichen Lagers" sowie die Bedeutung des "Faktors Gorbatschow" für diese Veränderungen sind – so denke ich – hinreichend bekannt. Als Ausgangspunkt meiner Darlegungen halte ich es vielmehr für wichtig, die Entwicklung der politischen Lage in Ungarn seit Anfang 1989 als **den** "dynamischen Faktor" in den bi-lateralen Beziehungen vor Augen zu führen.

Gegenüber der Situation in der Bundesrepublik Deutschland zur Jahreswende 1988/1989, die von einer jahrzehntelangen Beständigkeit der politischen und ökonomischen Ordnung, der Stabilität der seit 1982 regierenden liberal-konservativen Koalition unter Helmut Kohl sowie einer weitgehenden

Kontinuität des innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Kurses geprägt war, zeichnete sich in Ungarn ein gänzlich anderes Bild ab. Bereits in der Endphase der Ära Kádár (Kádár-korszak, 1956-1988) hatte unter Ministerpräsident Károly Grósz seit Mitte 1987 ein Veränderungsprozeß eingesetzt, der wesentliche Elemente des sogenannten Kádárismus in Frage stellte. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte sich Ungarns politische Führung vor dem Hintergrund der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage des Landes dazu entschlossen, unter dem Terminus "sozialistische Marktwirtschaft" zu einer Marktkoordinierung der Wirtschaftsprozesse und zu kapitalistischen Unternehmensformen überzugehen. Darüber hinaus hatte man sich – sozusagen begleitend – zum Ziel gesetzt, im Zeichen eines – allerdings sehr unausgegorenen – "sozialistischen Pluralismus" radikale politische Reformen im Rahmen des Einparteiensystems einzuleiten.

Während der schrittweise ökonomische Transformationsprozeß (insbesondere mit der Implementierung des sogenannten Entfaltungsprogramms sowie der Verabschiedung des Gesetzes über die Investitionen von Ausländern in Ungarn und des Gesetzes über die Wirtschaftsgesellschaften) plangemäß verlief, gerieten die politischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 hingegen außer Kontrolle. Vor dem Hintergrund unerwartet dynamischer Pluralisierungsprozesse in der ungarischen Gesellschaft ergriffen führende Politiker in Partei und Regierung, die die Zwänge und Möglichkeiten der Zeit erkannt hatten, nun die Initiative. Nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den bisherigen ZK-Sekretär für Wirtschaftspolitik Miklós Németh leiteten führende um ihn als neuen Ministerpräsidenten und um Staatsminister und Politbüro-Mitglied Imre Pozsgay gescharte Politiker ab Ende 1988 einen neuen Kurs ein, der schnell den Rahmen politischer Reformen sprengte und bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1989 den Charakter einer politischen Systemtransformation annahm.

Im Januar 1989 wurde auf Veranlassung der "radikalen Reformer" in Staat und Partei – ich spreche lieber von "Transformern" – ein westlichen Maßstäben entsprechendes Vereinigungs- und Versammlungsgesetz verabschiedet, und Imre Pozsgay versetzte, indem er die Ereignisse von 1956 als "Volksaufstand" (anstelle von "Konterrevolution") bezeichnete, dem Gründungsmythos und der Eigenlegitimation des alten Regimes den Gnadenstoß. Im Februar 1989 erkannte das Zentralkomitee das Prinzip des kompetitiven Mehrparteiensystems an, und das Politbüro beschloß den Abbau des "Eisernen Vorhangs" an der Grenze zu Österreich. Im März 1989 verabschiedeten Regierung und Parlament Prinzipien zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, in der Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie verankert werden sollten. Im Mai 1989 wurden die Kader-Kompetenzen der Partei abgeschafft und damit die Trennung von Staat und Partei vorangetrieben sowie die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung festgeschrieben, im Juni 1989 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die Volksabstimmung und Mitte des Monats begann der politische Dialog zwischen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und den oppositionellen Bewegungen am sogenannten Nationalen Runden Tisch.

Mit der Möglichkeit einer derart dynamischen politischen Entwicklung in Ungarn hatte in der Bundesrepublik Deutschland (und nicht nur dort) Ende 1988/Anfang 1989 natürlich niemand gerechnet. In Bonn verfolgte man zur Jahreswende vor allem die wirtschaftspolitischen Schritte der Regierung Németh, und die westdeutsche Wirtschaft zeigte – neben der weiteren Intensivierung der seit langem gut entwickelten Handelsbeziehungen – besonderes Interesse an Kapitalanlagen, vor allem nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Wirtschaftsgesellschaften und des Gesetzes über Investitionen von Ausländern in Ungarn, die beide zum 1. Januar 1989 in Kraft traten. Ungarischerseits startete die Budapester Wirtschaftsführung derweil eine intensive Werbekampagne zur Erläuterung der ökonomischen Transformationsmaßnahmen und zur Anregung westdeutscher Kapitalinvestitionen. Im Zuge dessen führte Handelsminister Tamás Beck Anfang Februar 1989 intensive Verhandlungen mit Vertretern der westdeutschen Politik und Wirtschaft und warb dabei für eine – vollständige oder teilweise – Übernahme von fünfzig ausgewählten Staatsunternehmen durch westdeutsche Investoren.

Die politischen Vorhaben, die in den ersten Monaten des Jahres 1989 in Ungarn eingeleitet wurden und die bereits eine Grundsatzentscheidung zugunsten eines politischen Systemwechsels bedeuteten, lenkten dann das Interesse der bundesdeutschen Politik auf den ungarischen Demokratisierungsprozeß. Bei den zahlreichen Treffen von westdeutschen Landes- und Bundespolitikern, Parteifunktionären, Wirtschaftsführern und Vertretern der westdeutschen politischen Stiftungen mit ihren ungarischen Gesprächspartnern in der ersten Hälfte des Jahres 1989 stand der Wunsch nach Informationen über die politischen Maßnahmen und Ziele in Ungarn im Mittelpunkt. Diesem Ersuchen kamen die ungarischen Führungen auf den verschiedenen Ebenen der Politik (Parlament, Partei, Regierung und so weiter) selbstverständlich bereitwillig nach.

Auf Grund dessen, daß einerseits der sogenannte Reformflügel (also die erwähnten Transformer) in der ungarischen Führung entschiedene Schritte in Richtung des politischen Systemwechsels unternahm, andererseits sich im Frühjahr 1989 aber noch immer Politiker in zentralen Positionen befanden, die sich mit dem Demokratisierungsprozeß nicht wirklich anfreunden konnten (so Generalsekretär Károly Grósz und Politbüromitglied János Berecz), gab es zu diesem Zeitpunkt auf westdeutscher Seite noch deutliche Zweifel an der konsequenten Umsetzung und Ernsthaftigkeit der politischen Wende in Ungarn. Laut Bericht eines Agenten der ungarischen Staatssicherheit äußerte sich beispielsweise Bundeskanzler Helmut Kohl Mitte April 1989 während einer Fraktionssitzung, die sich mit den Entwicklungen in Polen befaßte, folgendermaßen: „*Der [...] Kanzler bewertete den polnischen Reformprozeß als nicht mehr rückgängig zu machen, während er den ungarischen wegen seiner Unausgegorenheit als Prozeß mit zweifelhaftem Ausgang betrachtete. Er setzte die Bedeutung der ungarischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen nicht herunter, er verwies aber auf die parteiinternen Gegensätze, wobei er die Bereitschaft der Konservativen zu Gegenangriffen sowie die Inkonsequenz der Maßnahmen der Regierung unterstrich.*“¹ Bis Mitte des Jahres 1989 gelang es allerdings den Kräften um Németh und Pozsgay, die "konservativen", bremsenden Kräfte innerhalb von Partei und Regierung zu entmachten und die politischen Veränderungen konsequent weiterzuführen. Damit wurden auch die Zweifel der bundesdeutschen Politik zerstreut.

Mitte 1989 äußerten sich die bundesdeutschen Regierungs- und Oppositionsvertreter durchweg sehr positiv zu den politischen Entwicklungen in Ungarn, und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, die als erste bundesdeutsche Stiftung bereits am 9. Juni 1989 ein Büro in Budapest eröffnete, begann, die politischen und ökonomischen Entwicklungen in Ungarn selbst zu unterstützen. Im Gegensatz zu zahlreichen Politikern in den Staaten des Westens, die – wie mein Kollege László Borhi in einem nun auch auf deutsch erschienenen Artikel darlegt² – den ungarischen politischen Veränderungsprozessen im Jahre 1989 sehr skeptisch gegenüberstanden, da sie eine dadurch mögliche Erschütterung des Status quo in Europa mit all‘ ihren Konsequenzen und – insbesondere im Falle der Verletzung der militär- und sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion – die Gefahr des Sturzes Gorbatschows befürchteten, gab es auf westdeutscher Seite Mitte 1989 nur vereinzelt Bedenken vor einem zu schnellen Tempo und einer dadurch bewirkten Unberechenbarkeit der politischen Entwicklungen in Ungarn.

Bezeichnenderweise standen auf Seiten der bundesdeutschen Politik bis Mitte 1989 die Kontakte zu den führenden Vertretern in Partei und Staat eindeutig im Mittelpunkt, und es wurden nur ansatzweise Beziehungen zu den oppositionellen Bewegungen gepflegt. Dies lag zum einen daran, daß sich deren Organisationen noch im Aufbau befanden, in ihren Reihen politisch-programmatische Klärungsprozesse abliefen und zu diesem Zeitpunkt keine herausragenden Oppositionspolitiker – wie Lech Wałęsa oder Bronisław Geremek in Polen – auf der Bühne der ungarischen Politik in Erschei-

¹ Verschlüsseltes Telegramm des Agenten "Hansen" aus Bonn an die Abteilung III/I des ungarischen Innenministeriums. Gegenstand: BRD-Meinungen über den ungarischen Reformprozeß [24. April 1989] (Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste, Budapest (ÁBTL), Signatur: 1. 11. 4. D – V/1989, fol. 7-8).

² László Borhi: „Es ist die Pflicht Ungarns, im Warschauer Pakt zu bleiben.“ Internationale Zusammenhänge des Systemwechsels von 1989 im Spiegel ungarischer Quellen. In: György Gyarmati/Krisztina Slachta (Hrsg.): Das Vorspiel für die Grenzöffnung. Das Paneuropäische Picknick in Sopron am 19. August 1989. Sopron/Budapest 2014, S. 51-76.

nung traten, mit denen bundesdeutsche Politiker einen politisch bedeutsamen Dialog hätten führen können. Zum anderen war es darauf zurückzuführen, daß Regierung und Opposition in der Bundesrepublik Deutschland die Németh-Regierung beziehungsweise die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei – auch langfristig – als die entscheidende Kraft in der ungarischen Politik, als unumgänglichen Machtfaktor betrachtete. (Zu dieser Zeit glaubten nicht nur die Machthaber in Ungarn, sondern auch bundesdeutsche Politiker, daß die Partei selbst nach freien Wahlen weiterhin in der Regierungsposition verbliebe.)

Die Haltung der bundesdeutschen Politik bezüglich der Entwicklungen in Ungarn Mitte 1989 offenbarte sich besonders deutlich in der "Gemeinsamen Erklärung der Bundestagsfraktionen über die Lage in Ungarn", die am 22. Juni 1989 von allen Fraktionen des Bonner Parlaments einstimmig (!) angenommen wurde.³ Darin brachten sie ihre Sympathie für die politischen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse der vergangenen Jahre in Ungarn zum Ausdruck, lobten die positive Rolle des Landes in der internationalen Politik und riefen die Bundesregierung dazu auf, den wirtschaftlichen Transformationsprozeß in Ungarn zu unterstützen, finanzielle Hilfe zu leisten und zur Intensivierung des Verhältnisses zwischen Ungarn und der Europäischen Gemeinschaft beizutragen.

Nachdem mehrere spektakuläre Treffen von Spitzenpolitikern in den vorangegangenen Jahren (darunter der Ungarn-Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Oktober 1986 und ein Jahr später die Visite von Ministerpräsident Károly Grósz in der Bundesrepublik Deutschland) bereits eine neue Qualität des westdeutsch-ungarischen Verhältnisses signalisiert hatten, markierte diese Bundestagsdeklaration einen weiteren Höhepunkt der bilateralen Beziehungen. Entsprechend konnte Ungarns Botschafter in Bonn, István Horváth, Ende Juni 1989 feststellen: „*In allen Bereichen der bilateralen Beziehungen kommt die [positive] Wirkung der Ereignisse in Ungarn zur Geltung. Wegen der Beschleunigung der politisch-wirtschaftlichen Prozesse hat das sich mit Sympathie und Unterstützungsbereitschaft paarende Interesse sowohl in den Regierungs- als auch in den Oppositionskreisen beträchtlich zugenommen.*“⁴

Die von allen maßgeblichen Kräften in der Bundesrepublik als äußerst positiv eingeschätzten Entwicklungen hatten auch ein ganz "handfestes" Ergebnis: Hatte sich Ungarn nach einem ersten Milliardenkredit aus der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1987 noch vergeblich um einen weiteren, von der bundesdeutschen Seite verbürgten Kredit von einer Milliarde D-Mark bemüht, kam es diesbezüglich nun zu einem Durchbruch. Ende Juni 1989 faßte die Bundesregierung den Beschluß, Ungarn einen Kredit von 250 Millionen D-Mark zu vermitteln sowie eine entsprechende Kreditbürgschaft zu übernehmen, und die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sagten zu, für Kredite in Höhe von 750 Millionen DM einzustehen. Als Grund für diesen Schritt führte Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten George Bush folgendes an: „*Wir hoffen, daß die neuerliche finanzielle Hilfe Ungarn gerade in der jetzigen kritischen Phase in die Lage versetzen wird, seine politischen Reformen sowie die wirtschaftliche Öffnung zum Westen konsequent fortzusetzen.*“⁵

Wochen nach diesen Ereignissen, die das bereits Mitte 1989 ganz außergewöhnliche westdeutsch-ungarische Verhältnis vor Augen führten, kam es im Sommer 1989 zu jenen – uns allen bekannten – dramatischen Entwicklungen in Ungarn mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die Zukunft Europas und Deutschlands. In diesen spannungsgeladenen, von zahllosen offenen Fragen und Widersprüchen in der ungarischen und internationalen Politik gekennzeichneten Monaten traten Anfang August 1989 Störungen im Verhältnis zwischen Bonn und Budapest auf. Der Auslöser war,

³ Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drs. 11/4840, 21. Juni 1989, S. 1-3. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 152. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 22. Juni 1989, S. 11453-11459.

⁴ Botschafterbericht 1988/1989 von István Horváth. Bonn, 26. Juni 1989 (Ungarisches Nationalarchiv – Staatsarchiv (MNL OL), Signatur: 288.f.32/1989/58. e., fol. 90-128, hier fol. 98.

⁵ Bundeskanzler Kohl, Schreiben an Präsident Bush. Bonn, 28. Juni 1989. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90. München 1998, S. 320-323, hier S. 322.

daß die ungarische Führung einerseits – auf Grund bilateraler Verträge mit der DDR – zur Auslieferung von Grenzverletzern an Ostberlin verpflichtet war, aber andererseits nach dem am 12. Juni 1989 rechtswirksam gewordenen Beitritt zur Genfer Flüchtlingskonvention keine Zwangsabschiebungen mehr durchführen durfte: Auf Grundlage der Konvention ergab sich für Budapest eine Möglichkeit, sich der niedrigerrangigen bilateralen Verpflichtung zur Rückführung der vor allem aus Siebenbürgen nach Ungarn flüchtenden ungarischen Bevölkerung entziehen zu können, die sich angesichts des völlig zerrütteten ungarisch-rumänischen Verhältnisses in einer ähnlich zugespitzten Lage befand, wie sie die massenhaft nach Ungarn kommenden DDR-Flüchtlinge schufen.

Als ungarische Behörden in dieser rechtlich widersprüchlichen Situation verschiedener internationaler Verpflichtungen auch im Juli 1989 noch aufgegriffene ostdeutsche Grenzverletzer in die DDR zurückschickten (Mitte Juni hatte die DDR die Mitarbeiter ihrer Staatssicherheit mit dem Hinweis, die Republikflucht sei ein nicht ungestraft bleibender Verrat, auf ihren unveränderten Kurs eingeschworen und sich von Ungarn bestätigen lassen, daß die Flüchtlingskonvention nicht auf die DDR-Flüchtlinge Anwendung fände), kam es aus Bonn zu scharfen Protesten im Innen- und im Außenministerium Ungarns, wobei der damalige bundesdeutsche Botschafter Alexander Arnot den ungarischen Politikern vor allem einen Widerspruch zwischen Wort und Tat vorwarf.⁶

Der Umstand, daß sich Ungarn – wie es der damalige ungarische Justizminister Kálmán Kulcsár einmal ausdrückte – in jener Zeit "zwischen zwei Welten" befand, also einerseits noch der "alten Welt" des Kommunismus verhaftet war, andererseits aber bereits gewaltige Schritte in die "neue Welt" von Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus unternommen hatte, hätte von der bundesdeutschen Diplomatie mehr Feingefühl und Geduld erfordert, insbesondere, weil es sich bei der Frage der DDR-Flüchtlinge ja um ein im Kern deutsches Problem handelte, mit dem sich nun aber Ungarn auseinandersetzen mußte. Mehr westdeutsches Verständnis hätte zudem auch die Tatsache erfordert, daß die ungarische Führung in jenen Monaten nicht nur die Herausforderungen der DDR-Flüchtlingsfrage bewältigen mußte, sondern sich auch mit der vorerwähnten weiteren Flüchtlingswelle aus Ceauşescus Rumänien, den Anfeindungen aus den orthodoxen kommunistischen Staaten, der Bekämpfung der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie den Aufgaben des politischen und ökonomischen Systemwechsels zu beschäftigen hatte. Die ungarische Entscheidung, die Grenze für die DDR-Bürger am 11. September 1989 zu öffnen, behob allerdings diese Störungen in den bilateralen Beziehungen und unterstrich, daß sich Ungarn eindeutig für die "neue Welt" entschieden hatte.

Der Beschluß der Németh-Regierung, die ungarisch-österreichische Grenze zu öffnen, war natürlich nur dadurch möglich geworden, daß die Sowjetunion Ungarn – wie bereits bei dessen Entscheidung, den "Eisernen Vorhang" abzubauen – auch in dieser Frage freie Hand ließ. Was aber hatte die ungarischen Machthaber letztlich zur "Freilassung" der DDR-Bürger bewegt? Um diese Frage beantworten zu können, muß zuerst noch einmal auf die Situation Ungarns im Sommer 1989 eingegangen werden. Wegen der Zahl der sich in Ungarn aufhaltenden Flüchtlinge aus der DDR, des unhaltbaren Durcheinanders an der ungarisch-österreichischen Grenze und des wachsenden internationalen Drucks auf Ungarn, der von Budapest – je nach politischem Lager – gänzlich konträre Entscheidungen verlangte, wurde die ungarische Führung letztlich gezwungen, eine Entscheidung zu fällen. Ein weiteres "Aussitzen" des Problems war, insbesondere angesichts der – verständlichen – hartnäckigen Weigerung der DDR-Bürger, nach Ostdeutschland zurückzukehren, und der Aussichtslosigkeit einer Einigung zwischen Bonn und Ostberlin, nicht mehr denkbar. Für die ungarische Entscheidung waren meines Erachtens vier Faktoren ausschlaggebend: 1) Die – schon seit Jahren – wachsende Antipathie der Ungarn gegenüber der Ostberliner Führung und das schwindende politische Gewicht der DDR im östlichen Lager; 2) das sich – wie dargelegt – äußerst positiv entwickelnde politische

⁶ Näheres siehe Tibor Dömötörfi/Andreas Schmidt-Schweizer: Eine merkwürdige Episode der westdeutsch-ungarischen diplomatischen Beziehungen in der ersten Augustwoche 1989 in Zusammenhang mit der Fluchtwelle der DDR-Staatsbürger in Ungarn. In: György Gyarmati/ Krisztina Slachta (Hrsg.), Das Vorspiel für die Grenzöffnung. Das Paneuropäische Picknick in Sopron am 19. August 1989. Sopron/Budapest 2014, S.109-127.

Verhältnis zwischen Bonn und Budapest; 3) die Tatsache, daß sich Ungarn in einer sehr starken finanziellen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Bundesrepublik Deutschland befand und auf deren Hilfe beim wirtschaftlichen Systemwechsel existenziell angewiesen war und 4) das ganz wesentliche Faktum, daß die ungarische Führung im Falle eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Ostdeutschen beziehungsweise bei deren zwangsweiser Rückführung in die DDR – das wäre die Alternative gewesen – ihre gesamte, äußerst verdienstvolle (!) Politik der Westöffnung und Demokratisierung diskreditiert und unabsehbare innen- und außenpolitische Folgen heraufbeschworen hätte. Vor diesem Hintergrund hatte die Németh-Regierung also eigentlich gar keine andere Möglichkeit, als die DDR-Flüchtlinge ausreisen zu lassen.

Der Beschluß der Németh-Regierung führte – wie auch immer man die Hintergründe für diesen Schritt beurteilen mag – nicht nur zu den erwähnten, bis heute anhaltenden Dankesbezeugungen aus Deutschland, sondern hatte natürlich auch besondere Folgen für alle Bereiche der bilateralen Beziehungen: Die Regierung Kohl sorgte nun mit besonderem Nachdruck für die Umsetzung der Ziele, die der Bundestag bereits in seiner oben zitierten Erklärung vom Juni 1989 grundsätzlich formuliert hatte. In diesem Sinne wurde die Abwicklung der – schon vor der Grenzöffnung zugesagten – Kreditvergabe von einer Milliarde DM beschleunigt (der Milliardenkredit vom Herbst 1989 war also keine "Gegenleistung" für die Grenzöffnung!) und Kanzler Kohl signalisierte zudem gegenüber Ministerpräsident Németh, er werde Kreditabkommen Ungarns mit der Weltbank und dem IWF unterstützen. Bonn setzte sich – neben der vorrangigen Annäherung Ungarns an die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise der Assoziierung Ungarns – auf verschiedenen internationalen Foren mit besonderem Nachdruck ebenfalls für ungarische Belange ein, so beispielsweise hinsichtlich der Kontakte zur NATO. Darüber hinaus bemühten sich zahlreiche westdeutsche Politiker – vor allem auch aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg – noch intensiver um Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und unternahm insbesondere Schritte zur Förderung der Unternehmenskooperation und der – für den ökonomischen Transformationsprozeß eminent wichtigen – Kapitalinvestition bundesdeutscher Unternehmen in Ungarn. Und auch die besondere psychologische Atmosphäre in den bilateralen Beziehungen, die sich infolge der Grenzöffnung entwickelte, begünstigte – wie sich in den nächsten Jahren zeigen sollte – nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen (siehe die Zahl von gemischten Unternehmen und Unternehmensgründungen beziehungsweise die Summe der westdeutschen Investitionen in Ungarn), sondern führte ebenso zu einem gewaltigen Aufschwung der politischen und kulturellen Beziehungen und überhaupt des Interesses der deutschen Bevölkerung am – nun nicht mehr kommunistischen – "Wunderland" Ungarn. (Vielleicht sollte sich auch die gegenwärtige ungarische Regierung etwas mehr Gedanken über die Rolle von psychologischen Faktoren in den bilateralen Beziehungen machen. Das in diesem Jahr eingeweihte umstrittene Nazi-Besatzungsdenkmal in Budapest, das die "Unschuld" Ungarns und die "Schuld" des (Groß-)Deutschen Reiches 1944/45 in Ungarn symbolisieren soll, ist sicherlich nicht geeignet, zu einer positiven internationalen Atmosphäre beizutragen.)

Beginnend am 16. Dezember 1989, stattete Bundeskanzler Helmut Kohl – nach seiner historischen Polen-Reise im November 1989 – Budapest einen offiziellen dreitägigen Besuch ab und setzte damit demonstrativ ein Zeichen der Dankbarkeit für die ungarische Entscheidung vom September 1989. Seine Reise, die auf nachdrückliches Ersuchen der ungarischen Seite erfolgte, hatte noch einen weiteren wesentlichen Zweck. Sie sollte nämlich dazu dienen, der Regierung Németh bis zu den im Frühjahr 1990 angesetzten freien Parlamentswahlen innen- und außenpolitisch den Rücken zu stärken. Denn seit dem 11. September 1989 war Budapest in der internationalen Politik zunehmendem Druck der orthodoxen sozialistischen Staaten (DDR, ČSSR und Rumänien) ausgesetzt, und es bekam vom Westen – mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland – keine wesentliche politische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung für die Fortführung des Transformationsprozesses. Starke Kräfte, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Frankreich, standen dem Umbruch in Ungarn sogar mit wachsendem Mißfallen gegenüber und plädierten für den Erhalt des Status quo in Europa. Und innenpolitisch geriet die Németh-Regierung nicht allein unter den wachsenden Druck

der erstarkenden Oppositionskräfte, sondern mußte sich vorrangig erst einmal in den eigenen Reihen durchsetzen, besonders bei der Verwirklichung ihrer Sparpolitik beziehungsweise bei der Verabschiedung des Haushalts 1990. In dieser außen- wie innenpolitisch diffizilen Situation stellte sich Bundeskanzler Kohl, der am berechenbaren, evolutionären Charakter der Entwicklungen in Ungarn interessiert war, demonstrativ hinter die ungarische Regierung – was ebenfalls als Dankesbezeugung verstanden werden kann. Er bekräftigte die politische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland sowie die Unterstützung Ungarns in der internationalen Politik und warnte – mit Blick auf die Opposition – gleichzeitig vor einer innenpolitischen Radikalisierung.

Der symbolträchtige Kohl-Besuch im Dezember konnte jedoch über zwei grundlegende Veränderungen nicht hinwegtäuschen, nämlich erstens, daß sich die "Ostpolitik" der Regierung Kohl seit Herbst 1989 in erster Linie wieder der Verbesserung des politisch gewichtigeren und historisch stark belasteten Verhältnisses zu Polen zuwandte und die Beziehungen zwischen Bonn und Budapest nicht zuletzt durch die Herausforderungen der deutschen Vereinigung zunehmend in den Hintergrund rückten. Und zweitens konnte der Besuch nicht bemänteln, daß Bonn zwar weiterhin gute Kontakte zur Németh-Regierung pflegte, mittlerweile aber in Kreisen der Opposition ebenfalls nach – neuen – politischen Partnern Ausschau hielt und diese insbesondere in der Person des christlich-konservativen – also politisch gleichgesinnten – Politikers József Antall und seiner Partei, dem Ungarischen Demokratischen Forum, auch fand. Als der "Stern" der sogenannten Reformkommunisten weiter sank, setzte sich diese Neuorientierung Bonns fort. Und als es der aus der alten Staatspartei hervorgehenden Ungarischen Sozialistischen Partei im Oktober 1989 nicht gelang, sich ein klares sozialdemokratisches Profil zu geben und personell einen radikalen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, begann dann auch die oppositionelle deutsche Sozialdemokratie, sich von ihren "alten Freunden" abzuwenden und die wiederbelebte historische Sozialdemokratische Partei Ungarns zu unterstützen, welche jedoch innerlich zerstritten war und nie politisches Gewicht erhalten sollte.

Dem besonderen deutsch-ungarischen Verhältnis, daß sich in den anderthalb Jahrzehnten seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Dezember 1973 schrittweise herausgebildet und mit der Grenzöffnung vom September 1989 einen spektakulären Höhepunkt erreicht hatte, tat der Wandel allerdings keinen Abbruch. Auch in den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich die bilateralen Beziehungen zwischen der "neuen" Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht – wie wir alle wissen oder es miterlebt haben – äußerst intensiv und wechselseitig gewinnbringend. Das Vermächtnis von 1989 wirkte und wirkt bis in die Gegenwart – auch in Zeiten, in denen die deutsch-ungarischen Beziehungen auf Grund der gegenwärtigen "Revolution" unter Ministerpräsidenten Viktor Orbán keineswegs wolkenlos sind.